



Helvetische Bank

Die Bank für Unternehmer

Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.helvetischebank.ch



Der Zürcher Bote

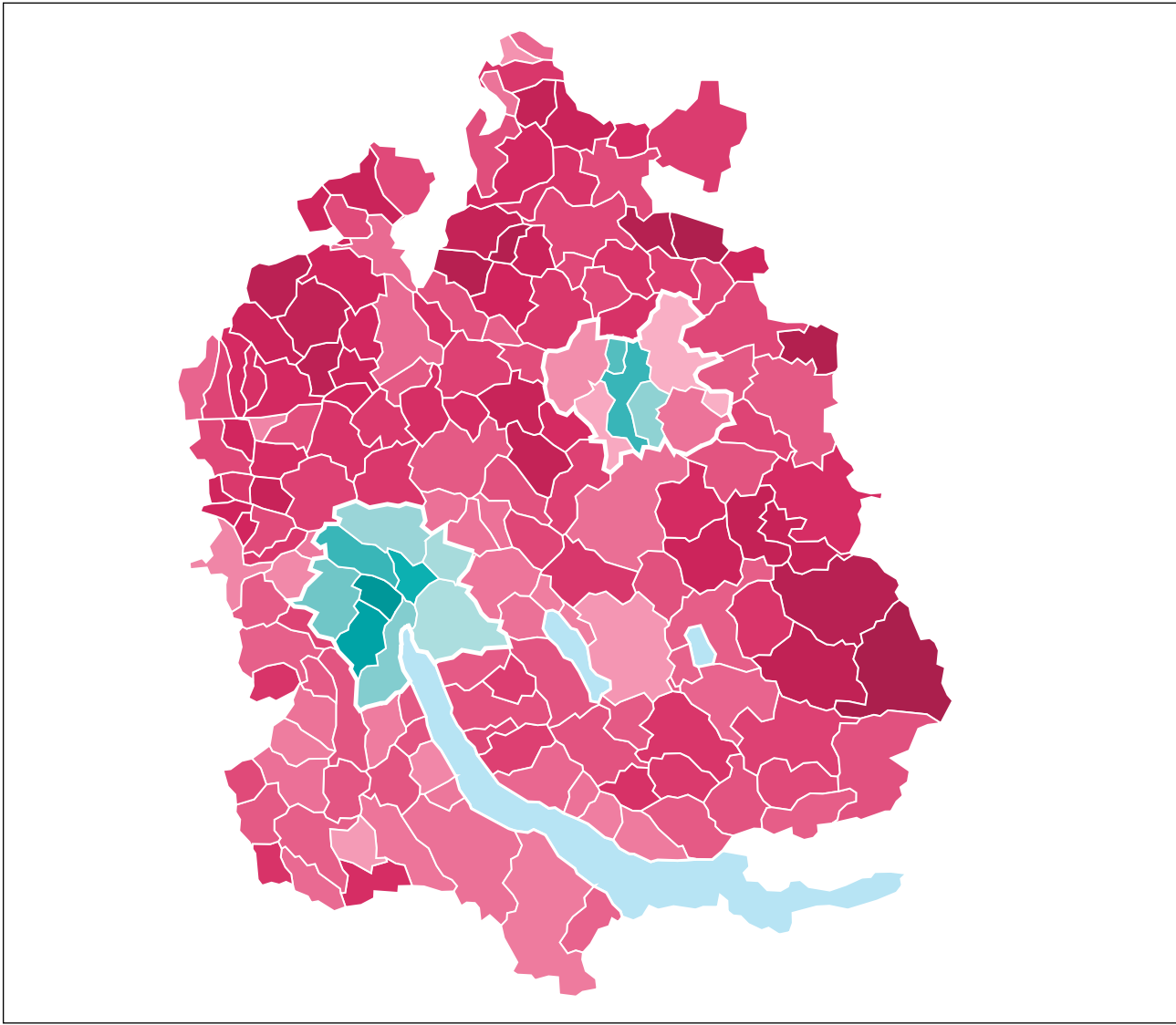
WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik SVP ebnet den Weg für Reformen im Strafrecht von <i>Nina Fehr Düsel</i> Seite 2	Kanton Zürich Linke wehren sich gegen Lösung der Asylmisere von <i>Ruth Büchi-Vögeli</i> Seite 3	Aktuell Abstimmungen im Fokus der DV von <i>Marco Calzimiglia</i> Seite 4	Parlamentsgemeinden Verantwortungslose Klientel-Politik der Linken stoppen Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Polit-Anlass mit Hübscher und Weidmann Seite 8
--	--	---	---	---

ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 28. SEPTEMBER 2025

Ein Sonntag der Vernunft: Klima-Sekte gestoppt

Die grüne Welle ist vorbei! Dieses klare Zeichen hat uns der vergangene Abstimmungssonntag geliefert. Die Stimmbevölkerung hat mit dem Nein zum Energiegesetz klargemacht, dass sie genug von Bevormundung, Klima-Ideologie und kostspieligen Zwangsmassnahmen hat.



Die Abstimmungskarte zeigt es überdeutlich: Die Zürcherinnen und Zürcher haben genug von Bevormundung, Klima-Ideologie und kostspieligen Zwangsmassnahmen.

Bild: Kanton Zürich

Der Kanton Zürich hat Nein gesagt zum Klima-Wahn – und Ja zum gesunden Menschenverstand. Diese Abstimmung war nicht einfach irgendeine Vorlage, sie war ein Richtungsentscheid. Die Linken wollten den Leuten vorschreiben, wie sie zu wohnen und zu heizen haben. Ob sie in die Ferien fliegen oder nicht. Das Zürcher Volk hat der rotgrünen Klima-Allianz die rote Karte gezeigt und klargemacht: Wir lassen uns nicht in jedes Detail unseres Alltags hineinregieren.

Eigentum, Freiheit und Selbstbestimmung sind Werte, die wir nicht leichtfertig aufgeben. Dieses Signal reicht weit über unsere Kantonsgrenze hinaus und zeigt, dass die Bevölkerung die Nase voll hat vom Klima-Wahn, der am Ende nur höhere Kosten und weniger Freiheit bringt.

Steuerungsgerechtigkeit endlich beseitigt

Gleichzeitig dürfen wir uns über einen historischen Entscheid freuen: Das Schweizer Volk hat die unnötige und ungerechte Steuer auf den Eigenmietwert abgeschafft. Endlich! Jahrzehntlang mussten Wohneigentümer für ein fiktives Einkommen Steuern bezahlen, das sie gar nie erzielt haben. Damit ist nun Schluss. Besonders Familien, Pensionierte, aber auch viele Ersterwerber profitieren. Für sie bedeutet dieser Entscheid weniger Steuerlast und mehr Gerechtigkeit.

Dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung für diese längst überfällige Korrektur ausgesprochen hat, ist ein starkes Zeichen. Es zeigt, dass wir Schweizerinnen und Schweizer ein feines Gespür haben für Gerechtigkeit (oder eben Ungerechtigkeit) und uns nicht länger mit künstlichen Belastungen abfertigen lassen. Dieser Sieg ist ein Meilenstein für die Steuerzahler in unserem Land

und ein Erfolg für die SVP, die sich seit jeher für tiefe Steuern stark macht.

Föderalismus unter Druck – Ständemehr wichtiger denn je

Etwas weniger erfreulich ist das sehr knappe Resultat bei der Abstimmung zur E-ID. Mit hauchdünnem Vorsprung wurde die Vorlage angenommen. Dieses Resultat zeigt: Es besteht nach wie vor ein tiefes Misstrauen gegenüber zentralistischen Lösungen und einer mächtigen Verwaltung. Es liegt nun am Bund, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen und ihre Bedenken ernst zu nehmen. Gleichzeitig ist bemerkenswert: Obwohl 18 Kantone Nein gesagt haben, wurde die Vorlage knapp angenommen.

Jetzt sollte jedem klar sein, wieso die EU-Turbos im Land kein Ständemehr wollen. Die Angst vor dem Föderalismus ist unübersehbar. An dieser Stelle verspreche ich Ihnen: Die SVP wird sich unerbittlich dafür einsetzen, dass das Volks- und Ständemehr bei der entscheidenden Frage über den EU-Unterwerfungsvertrag gilt!

Insgesamt war dieser Abstimmungssonntag ein grosser Erfolg für die Vernunft. Die Bevölkerung hat klargestellt: Ideologische Experimente, immer mehr neue Zwangsabgaben und künstliche Steuern gehören in die Mottenkiste. Wir wollen Freiheit, Verantwortung und Gerechtigkeit. Darauf können wir stolz sein, darauf wollen wir mit Zuversicht weiter aufbauen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



Domenik Ledergerber
Kantonsrat und
Parteipräsident
SVP Kanton Zürich
Herrliberg

Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!

Wann: Mittwoch, 22. Oktober 2025, 14-17 Uhr

Was: Informationen zu den Abstimmungen vom 30.11.25

mit Nationalrat Mauro Tuena: Mobilitätsinitiative und Sicherheitspolitik

und Nationalrat Bruno Walliser: Volksinitiative Service Citoyen und Sicherheitspolitik

Verpflegung: Kaffee und Kuchen

Boarding: 13:45 Uhr

Wo: Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6

Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch oder Tel. 044 217 77 66

Alles offeriert!

Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an! Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen! SVP Kanton Zürich



Zukunft der Schweizer Verkehrspolitik – miteinander oder gegeneinander?

Einführung durch **Peter Grünenfelder (auto-schweiz)**

Podiumsdiskussion mit
Marionna Schlatter (Grüne),
Mauro Tuena (SVP), Tina Deplazes (Mitte)
Simone Brander (SP)
und Pärparim Avdili (FDP)



Keynote von Bundesrat Albert Rösti

Partner:     

Am 13. Oktober im Zentrum Glockenhof
Sihlstrasse 33, Zürich
Türöffnung 18:30 Uhr – Start 19:00 Uhr
mit anschliessendem Apéro riche

auto schweiz suisse



Nur noch zwei Parteien

Kein einziger Nationalrat ausserhalb der SVP-Fraktion stimmte der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» zu. Die Gegner weigerten sich, in der massiven Zuwanderung auch nur das Quäntchen eines Problems zu sehen. Da sind sogar die hiesigen Journalisten kritischer. Vermutlich, weil man sie problemlos gegen EU-Bürger ersetzen kann. Die Parlamentarier leben diesbezüglich noch immer unter helvetischem Artenschutz. Die Anhänger der ungezügelter Zuwanderung wollten den Argumenten der Befürworter schon gar nicht zuhören. Die glühende EU-Unterwerferin Elisabeth Schneider-Schneiter findet es sogar überflüssig, die Anbindungsverträge überhaupt zu lesen. Entscheidend sei nur, ob man sich «sachlich und lösungsorientiert mit der Zukunft der Schweiz in Europa auseinandersetze». Die Mitte-Frau stellte ihren Vorredner in den Senkel: «Sie sind im Weinbau tätig.» Ob er auf die Zehntausenden von Landarbeitern aus dem EU-Raum verzichten wolle. Der angesprochene Roman Hug (SVP), von Beruf Architekt, erwiderte leicht irritiert: Er sei «ein überzeugter Weingeniesser, kein Weinbauer». Die Grüne Sibel Arslan litt an ähnlichen Wahrnehmungsstörungen. Nachdem ihre SVP-Kollegin Stefanie Heimgartner sich ausdrücklich als Transportunternehmerin vorgestellt und fünf Minuten über die Probleme der Lastwagen und der Chauffeure auf unseren verstopften Strassen gesprochen hatte, fragte Arslan: Warum sie in ihrer Rede «zum Beispiel die Lastwagen» nicht genannt habe. Worauf ihr Heimgartner höflich entgegnete: «Ich glaube, sie haben mich nicht richtig verstanden.» Die Debatte über die 10-Millionen-Schweiz, den Dichtestress und den Wohlstandsverlust pro Kopf durch die unregelmässige Zuwanderung machte klar: Die Schweiz hat bei den entscheidenden Fragen ein Zweiparteiensystem: auf der einen Seite die SVP, auf der anderen alle anderen. Beim freien Personenverkehr und letztlich wohl auch bei der Anbindung an Brüssel ist es eigentlich vollkommen Wurst, ob man die Freisinnigen oder die Kommunisten wählt. Es gibt in beiden Fällen mehr EU und mehr Zuwanderung.

SESSIONSRÜCKBLICK

Viele strafrechtliche Themen und Erfolge in Bern

Die Herbstsession in Bern ist bereits wieder Geschichte. Neben dem traurigen Ereignis des Todes von Fredi Heer und seiner Würdigung im Parlament gab es immerhin auch positive Erfolge.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Künftig sollen Strafverfolgungsbehörden in der Schweiz die Nationalität von Straftätern in Polizeimeldungen nennen müssen. Der Nationalrat hat einer entsprechenden Parlamentarischen Initiative von Benjamin Fischer (SVP) mit

100 zu 84 Stimmen bei fünf Enthaltungen zugestimmt und damit eine schweizweite Regelung beschlossen. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, woher Personen stammen, die unter Verdacht stehen, strafrechtlich in Erscheinung getreten zu sein. Die Strafverfolger sollen das Alter, das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit angeben, sofern keine Gründe des Persönlichkeitsschutzes dagegensprechen oder die Gefahr besteht, dass die Personen identifiziert werden. Ein grosser Erfolg. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Bei lebenslanger Freiheitsstrafe härter durchgreifen

Wer zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, soll künftig mindestens 17 Jahre davon absitzen müssen. Bei uns sprach Mauro Tuena zu diesem Traktandum. Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat einer entsprechenden Änderung des Strafgesetzbuchs zugestimmt. Mit 131 Stimmen zu 64 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen sagte der Nationalrat Ja zur Vorlage. Konkret soll bei lebenslänglichen Freiheitsstrafen künftig erst nach 17 Jah-

ren eine bedingte Entlassung geprüft werden – bisher ist dies bereits nach 15 Jahren möglich. Die Neuerung soll den Unterschied zwischen lebenslanger und 20-jähriger Freiheitsstrafe – dort ist eine bedingte Entlassung ab 13,3 Jahren möglich – deutlicher machen. Voraussetzung ist, dass keine Flucht- oder Rückfallgefahr besteht.

Gegen die Zwangsabschaltung von UKW

Auch bezüglich UKW konnte ein weiterer Erfolg verbucht werden. Mit 124 zu 62 Stimmen bei acht Enthaltungen sagte die grosse Kammer Ja zu einer Motion der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, die verlangt, auf die für Ende 2026 geplante Einstellung des UKW-Rundfunks zu verzichten und stattdessen die aktuellen UKW-Funkkonzessionen zu verlängern oder ab 2027 ein neues Ausschreibungsverfahren durchzuführen. So hat die SRG wegen der Einstellung des UKW-Rundfunks per Ende 2024 bereits viele Hörer verloren. Ähnliche Rückgänge und entsprechende Verluste bei den Werbeeinnahmen sind bei privaten Radios zu befürchten. Zudem drohen Hörer zu ausländischen Sendern abzuwandern. Die Motion kommt nun in den Ständerat.

Nachhaltigkeitsinitiative der SVP

Schliesslich war auch die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP ein sehr wichtiges Traktandum in dieser Session. 115 Redner sprachen zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Leider stimmte am Schluss nur die SVP dafür. In der Bevölkerung sind die Menschen viel kritischer und wollen die Zuwanderung bremsen. Auch die wichtige Grenzschutz-Initiative war ein Thema in Bern. Während der Herbstsession übergaben wir die 110 000 beglaubigten Unterschriften beim Bundeshaus an die Bundeskanzlei. Im Dezember beginnt dann die Winter-session.



Mit der Nachhaltigkeitsinitiative kämpft die SVP für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung statt ungesteuerter, ungebremster Zuwanderung.

Bild: Adobe Stock

IN STILLEM GEDENKEN AN EINEN AUFRECHTEN ZÜRCHER POLITIKER

Abdankung Alfred «Fredi» Heer

Am vergangenen Mittwoch, 1. Oktober 2025, hat die Abdankung unseres Nationalrats Fredi Heer in der reformierten Kirche Zürich Enge würdevoll stattgefunden, begleitet von zahlreichen Personen.

SVP. Um 10.30 Uhr versammelten sich vor der reformierten Kirche Enge in Zürich die Trauerfamilie, Politikerinnen und Politiker unterschiedlichster Couleur, Freunde und Weggefährten, um Abschied von SVP-Nationalrat Alfred «Fredi» Heer zu nehmen. Völlig unerwartet und viel zu früh ist Fredi Heer in der Nacht vom 18. auf den 19. September in seinem geliebten Langstrassenquartier verstorben.

Zur Trauerfeier reisten zahlreiche bekannte Namen aus der Politik an – darunter Bundesrat Albert Rösti, die Zürcher Regierungsräte Natalie Rickli und Ernst Stocker sowie aktive und ehemalige SVP-Parteivertreter, u.a. Alt Bundesrat Christoph Blocher und Alt Nationalrat Walter Frey, SVP-Präsident Marcel Dettling und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, begleitet von zahlreichen Nationalräten und ehemaligen Mandatsträgern aus Bundesbern aus verschiedenen politischen Parteien.

Würdevolles Gedenken an Fredi Heer

Nach der Begrüssung durch Pfarrer Daniel Brun und den bewegenden Worten von Fredi Heers Bruder Eduard gedachte Regierungsrätin Natalie Rickli ihrem langjährigen politischen Weggefährten in einer emotionalen Rede. Sie schaute während der Trauerfeier auf die politische Karriere von Heer zurück und berichtete bedacht von der einen oder anderen Anekdote aus ihren gemeinsamen Zeiten.

Fredi Heer wohnte in Zürich und war von 1994 bis 1998 Gemeinderat, von 1995 bis 2008 Kantonsrat und seit 2007

im Nationalrat. Seit 2011 war Heer Mitglied der Schweizer Delegation im Europarat und von 2016 bis 2018 deren Präsident.

In Bundesbern zählte er zu den prägenden Persönlichkeiten der Zürcher

SVP. Heer galt als Hardliner, der mit pointierten Äusserungen und markigem Vokabular polarisierte. Zugleich verstand er es, über Parteigrenzen hinweg kollegiale Beziehungen zu pflegen. Entsprechend gross ist die Anteilnahme –

von links bis rechts. Als «hart, aber herzlich» würdigte Rickli den Verstorbenen.

Mit Fredi Heer verlieren wir einen Stadtzürcher SVP-Vertreter, der kaum ersetzt werden kann. Wir sprechen seiner Familie, Freunden und Angehörigen unsere herzliche und tief empfundene Anteilnahme aus und wünschen viel Kraft für die Trauerbewältigung.

Dübendorf, 2. Oktober 2025

Jede Arbeit lebt nicht vom Verdienst alleine, sondern von den Menschen, die hinter dieser Arbeit stehen und für diese Arbeit eintreten.

DANKSAGUNG

Der unerwartete Tod von

Alfred Heer

mitten aus dem Leben heraus, hat uns tief erschüttert.

In dieser schweren Zeit durften wir jedoch viel Trost, Anteilnahme und Verbundenheit, weit über die Parteigrenze aus, erfahren. Dafür möchten wir von Herzen danken.

Die vielfältigen Zeichen der Freundschaft und Wertschätzung für Fredi Heer haben uns berührt.

In unseren Herzen bleibt Fredi lebendig – als einzigartige Persönlichkeit, als Vorbild, als verlässlicher Wegbegleiter und als geschätzter Freund. Sein Wirken und sein Wesen werden wir nie vergessen.

SVP Kanton Zürich
Im Namen der Parteileitung



BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Ein rot gefärbter Montag

Diese Woche wurden die Kantonsräte mit roten Schmierereien an den Wänden des Ratsgebäudes begrüsst. Abseits der Traktandenliste gaben auch die Abstimmungsergebnisse des Vortages zu reden, während die zu besprechenden Geschäfte erst am Nachmittag heftige Emotionen hervorriefen.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Zahlreiche Kantonsräte sahen sich bereits einige Tage vor der Montagssitzung, und zwar anlässlich der Eröffnung des Zurich Film Festival, denn als Kantonsrat erhält man stets Einladungen zu wichtigen und meistens unwichtigen Anlässen. Jemand musste Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider allerdings gesagt haben, dass es sich bei diesem Festival um eine politische Veranstaltung handle, denn sie kritisierte in ihrer Ansprache zuerst den Entscheid zum Frühfranzösisch, um dann ein Loblied auf den Vertrag mit der EU zu singen. Damit endete dann der Horrorfilm und es wurde eine Liebeskomödie gezeigt.

Rote Spraydosen

Für die Mehrheit des Kantonsrats jedoch ging der Horror am Abstimmungssonntag erst richtig los. Das Stimmvolk erteilte dem Energiegesetz mit fast 60 Prozent nämlich eine deutliche Abfuhr. Einmal mehr konnte die SVP weit über ihren Wähleranteil hinaus die Stimmbürger überzeugen. Das schien die Verlierer in einen kreativen Rausch zu versetzen, denn das Gebäude des Kantonsparlaments erstrahlte am Morgen danach in einem blutroten Gewand. Die Stadt Zürich mit ihren linken Chaoten ist immerhin ein stabiler Wert für den Wirtschaftszweig der Spraydosenfabrikanten.

Spitäler im roten Bereich

Im Rat ging es dann mit Themen weiter, die gut zur roten Farbe passten. Es standen die Geschäftsberichte 2024 der Spitäler zur Diskussion. Pierre Dalcher

wies für die SVP auf die roten Zahlen des Universitätsspitals mit einem Verlust von 30 Millionen Franken hin, zeigte sich aber angesichts der Halbjahreszahlen für das Ergebnis des laufenden Jahres zuversichtlich. Zu reden gab ausserdem das Fehlverhalten eines Klinikdirektors. Betont werden muss aber, dass die allermeisten Angestellten der Spitäler ihren Beruf mit grosser Sorgfalt ausüben und eine hohe Qualität der Gesundheitsversorgung garantieren. Kritik gab es dann wieder für die Psychiatrie Winterthur, deren Stellenprozente trotz tieferer Auslastung stark gestiegen waren.

Asylzahlen im roten Bereich

Obwohl die Asylmisere in den Medien gegenwärtig kaum zur Sprache kommt, ist sie natürlich nicht verschwunden. Aus diesem Grund forderte die SVP eine Obergrenze von 1,0 Prozent der Bevölkerung bei der Zuteilung von Asylanten an die Gemeinden, denn die Belastung ist hoch, nicht nur finanziell, sondern auch bei der Suche nach Un-

terkünften. Eine Obergrenze würde Planungssicherheit bringen. Sogar der ehemals rote Regierungsrat Mario Fehr kritisierte Bundesrat Beat Jans für den Schlendrian bei der Abwicklung der über 20 000 offenen Asylprozesse. Der Bund schiebt das Problem einfach auf die Gemeinden ab. Die Mehrheit aus Mitte-Links wollte allerdings nichts von einer Obergrenze wissen.

Die Blätter färben sich rot

So verlief es auch beim Antrag, dass die Asylkosten vollständig vom Bund anstatt von den Gemeinden bezahlt werden sollen. Denn hier fallen in den verschiedensten Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Unterkunft und so weiter hohe Kosten an. Doch Mitte-Links setzte sich auch hier durch.

Die Blätter der Bäume färben sich in jedem Jahr herbstlich rot. Genauso zuverlässig wiederkehrend hört man in der Politik das Lied der uns bereichernden Asylbewerber. Darum hält die SVP nie Winterschlaf, sondern bleibt am Thema dran.



Die Reaktion der Gegner auf den Sieg der SVP gegen den Zürcher Klima-Wahn: Würden sie auch nur einen kleinen Teil ihrer (kriminellen) Energie in die Bekämpfung des Asylchaos investieren, ginge es der Schweiz um einiges besser.

Bild: SVP Kanton Zürich

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung...

Aus kantonaler Sicht können wir auf einen erfolgreichen Abstimmungssonntag zurückblicken. Dank Ihrer Unterstützung ist es uns gemeinsam gelungen, das unsägliche Energiegesetz zu versenken und Linksgrün und auch der Mitte aufzuzeigen, dass Netto-Null 2040 für die Zürcher Stimmbevölkerung keine Alternative zum eingeschlagenen Weg darstellt. Es hat aber auch Entscheidungen gegeben, die uns nicht zufriedenstellen können.

Eigenmietwert-Abschaffung Ja, Nein zur E-ID wäre möglich gewesen

Bei der Abstimmung zur Liegenschaftsteuer für Zweitliegenschaften fiel das Ergebnis klar deutlicher aus, als Umfragen vor der Abstimmung es hätten vermuten lassen. Es zeigt sich ein weiteres Mal, dass Umfragen Umfragen sind und bleiben und erst am Abstimmungssonntag abgerechnet wird.

Die überaus knappe Entscheidung zur E-ID sollte uns aber doch ein wenig zu denken geben. Bis kurz vor Schluss wäre ein Sensationserfolg für die SVP, die alleine gegen die E-ID gekämpft hat, machbar gewesen, und am Schluss haben die Ja-Stimmen aus dem Kanton Zürich das Pendel leider doch noch auf die Seite der Befürworter kippen lassen. Rund 20 000 Stimmen haben den Unterschied gemacht. Das zeigt uns klar, dass die Mobilisierung und der effektive Urnengang jedes einzelnen Mitglieds eine enorme Wirkung entfalten können. Doch dem demo-

kratischen Entscheid ist Folge zu leisten und wir werden genau verfolgen, wie die Umsetzung der E-ID mit Freiwilligkeit und ohne zusätzliche Hürden vollzogen wird.

Wichtigste Abstimmung 2025 am 30. November

Was uns jetzt nicht passieren darf, ist, dass wir uns auf den Lorbeeren ausruhen und genügend und träge für den nächsten Abstimmungssonntag werden. Am 30. November kommt neben der gefährlichen JUSO-Initiative auf eidgenössischer Ebene vor allem unsere Mobilitäts-Initiative im Kanton Zürich zur Abstimmung. Auch hier und natürlich auch für die anderen Vorlagen wie Prämienverbilligungen und Vorkaufsrecht gilt es, unser Umfeld über die Konsequenzen zu informieren und unseren Bekannten Abstimmungsempfehlungen mit auf den Weg zu geben. Nur mit einer ähnlich hohen Mobilisierung, wie wir sie am vergangenen Sonntag erreicht haben, werden wir Ende November weitere politische Erfolge verzeichnen können, die Schub für die bevorstehenden Gemeinde-Gesamterneuerungswahlen im März/April 2026 verleihen.

Heimat-Initiative – Recht auf Heimat

Doch neben den Abstimmungen gilt es auch noch an anderer Stelle, für die Politik der SVP des Kantons Zürich einzustehen. Seit rund sechs Wochen sammeln wir Unterschriften für unsere

Mitte August lancierte Volksinitiative. Die Unterschriftensammlung ist vielversprechend angelaufen, aber noch fehlen zahlreiche Unterschriften für dieses Anliegen. Wenn Sie die Heimat-Initiative noch nicht unterzeichnet haben, so holen Sie dies bitte baldmöglichst nach und schicken die ausgefüllten Bögen noch heute ab. Weitere Unterschriftenbögen sind entweder via www.heimatinitiative.ch oder auch auf dem Kantonssekretariat bestellbar. Helfen Sie uns mit, die Initiative noch dieses Jahr zustande zu bringen.

Geben wir für den letzten Urnengang des Jahres nochmals alles, damit wir am 30. November den nächsten Abstimmungserfolg feiern und die dann beginnende Adventszeit in vollen Zügen geniessen können, bevor es Anfang 2026 schon für die Gesamterneuerungswahlen heisst: Nur mit Ihrer Mitwirkung holen wir zahlreiche zusätzliche Mandate auf Gemeindeebene.

Für Ihre bisherige, aber vor allem zukünftige Unterstützung möchte ich Ihnen ein weiteres Mal herzlich danken. Für eine starke SVP, für eine tollen Kanton Zürich und vor allem «für eusi Lüüt».



von
Marco Calzimiglia

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Gesetzliche Festlegung der Obergrenze bei der Aufnahmequote von Asylsuchenden



Ruth Büchi-Vögeli
Kantonsrätin SVP
Elgg

Mit einer Parlamentarischen Initiative, lanciert von der SVP und der FDP, sollte das Sozialhilfegesetz (SHG) um eine Obergrenze der Aufnahmequote von Asylsuchenden von 1,0 Prozent pro Einwohnerin bzw. Einwohner einer Gemeinde ergänzt werden. Zudem sollten nur Asylsuchende nach abgeschlossenem Verfahren den Gemeinden zugeteilt werden können.

Ziel dieser Initiative war es, die Gemeinden von der grossen Belastung der Asylsituation zu entlasten. Insbesondere in Gemeinden mit wenig gemeindeeigenen Liegenschaften ist die Bereitstellung von Wohnräumen für Asylsuchende ausserordentlich schwierig. Die Missstimmung in der Bevölkerung ist gross. So werden Bauten – etwa Wohncontainer für Asylunterkünfte – von der Stimmbevölkerung regelmässig abgelehnt. Ein kurz- und mittelfristiger Ausweg aus dieser schwierigen Situation ist oft das teure Anmieten von Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt, was diesen zusätzlich belastet und den Wohnungsmangel verschärft.

Viele Gemeinden standen bereits mit der Quote von 1,3 Prozent vor infrastrukturellen Problemen. In einigen Gemeinden konnte die erhöhte Aufnahmequote von 1,6 Prozent, die seit Juli 2024 gilt, noch gar nicht vollzogen werden. Die jetzige Regelung funktioniert in der Praxis nicht,

da die Fristen für die Umsetzung einer erhöhten Quote viel zu kurz sind.

Mit einer fixen Obergrenze wäre die Planbarkeit im Asylwesen deutlich einfacher geworden. Die Planung der Betreuung, die Anstellung der notwendigen Mitarbeitenden, die Bereitstellung des benötigten Wohnraums sowie die Planung der Schulinfrastruktur wären dadurch erheblich erleichtert worden.

Das Flüchtlings- und Asylwesen ist eine Verbundaufgabe aller drei Staatsebenen. Die Gemeinden als unterste dieser Ebenen leisten einen enormen Aufwand, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Bei einer festgelegten Obergrenze müssten Bund und Kanton mehr Verantwortung übernehmen und die Gemeinden könnten entlastet werden.

Was mich erstaunt: Die gleichen Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die über mangelnden Wohnraum klagen, befürworten eine ausufernde Asylpolitik. Ebenso monieren dieselben Personen die hohen Wohnungspreise, sind aber gleichzeitig gegen die Festlegung einer Obergrenze für die Aufnahmequote von Asylsuchenden. Wo bleibt hier der soziale Gedanke? Sind die Asylsuchenden wichtiger als die einheimische Bevölkerung, die bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum regelmässig auf der Strecke bleibt?

Leider wurde die Parlamentarische Initiative mit 94 Nein- zu 75 Ja-Stimmen nicht überwiesen.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



FRAKTIONSERKLÄRUNG



Keine Erhöhung des Eigenmietwerts

Klare Ansage des Volkes

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN



Sieg für den gesunden Menschenverstand

Zürich sagt Nein zum Klima-Wahn



Krankenkassen-Prämienexplosion

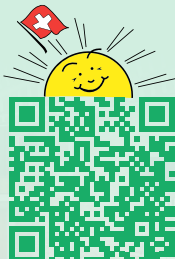
Ein starkes Zeichen für mehr Transparenz im Gesundheitswesen



DV in Oberengstringen

SVP-Delegierte legen sich fest

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



JUNGI SVP – MIR REDET #KLARTEXT!

Wir fordern Sicherheit

Die Schweiz war einst weltweit bekannt als eines der sichersten Länder. Städte wie Zürich standen für Ordnung, Schutz und ein friedliches Zusammenleben. Heute aber erleben viele Frauen, auch wir persönlich, eine ganz andere Realität.



Roshina Watti
Vorstand JSVP Unterland
Nürensdorf

Es ist keine Selbstverständlichkeit mehr, ungestört unterwegs zu sein – weder am Tag noch in der Nacht. Immer häufiger begegnen wir Menschen, die keinen Respekt zeigen, die belästigen und uns das Gefühl geben, schutzlos ausgeliefert zu sein. Als junge Frauen wissen wir, wie bedrückend diese Situation ist. Sicherheit ist kein Luxus, sie ist ein Grundrecht. Jede von uns muss sich frei und ohne Angst bewegen können.

Besonders erschütternd war die brutale Attacke in einem Zürcher Tram. Eine Frau wurde dort mitten im Alltag zusammengeschlagen. Die Polizei konnte zunächst nicht eingreifen, da Kräfte wegen linker Krawalle an anderer Stelle gebunden waren. Dass der Täter zuerst auf freiem Fuss blieb, war ein Schlag ins Gesicht all jener, die auf Schutz durch den Staat vertrauen. Solche Situationen sind für uns nicht akzeptabel. Wir erwarten, dass der Schutz von Frauen Vorrang hat

vor politischem Kalkül und dem Wegsehen gegenüber Gewalt.

Wenige Tage später wurde der Täter, ein 28-jähriger Syrer, gefasst. Damit bestätigte sich, was wir bereits befürchtet hatten. Gewalt durch ausländische Täter ist kein Einzelfall, sondern ein reales Problem, das viele verdrängen möchten. Wir als Junge SVP weigern uns, darüber zu schweigen. Wir haben eine Taskforce gebildet, um sicherzustellen, dass solche Vorfälle nicht untergehen. Für uns ist klar: Es darf nicht sein, dass importierte Gewalt das Leben von Frauen in unserem Land bedroht. Die Politik muss handeln und endlich die Sicherheit ins Zentrum stellen.

Wir kämpfen dafür, dass die Schweiz wieder das wird, was sie einmal war: ein Ort, an dem Respekt, Schutz und Sicherheit selbstverständlich sind. Als Frauen und als Mitglieder der JSVP fordern wir, dass das Grundrecht auf Sicherheit für alle wieder zur Realität wird. Wir nehmen es nicht hin, dass Angst unseren Alltag bestimmt. Die Schweiz darf nicht ein Land werden, in dem Gewalt und Unsicherheit die Regel sind – sie muss ein Land bleiben, wo Freiheit und Sicherheit garantiert sind. Dafür stehen wir ein, laut und entschieden.

BESCHRÄNKUNG UNSERER FREIHEITSRECHTE SCHEINT UNUMKEHRBAR ZU SEIN

Kontrollwahn und Totalüberwachung auch beim Bargeld

Freiheitliche Ideen und verfassungsmässig garantierte Freiheitsrechte gehen schlimmen Zeiten entgegen. Kontrollwahn ist überall festzustellen, das Geld wird mit zunehmendem Verzicht auf Bargeld weiterhin staatlich kontrolliert. In der EU wird bereits über den digitalen Euro geredet. Und die Schweiz hat nichts Gescheiteres zu tun, als dem Unterwerfungsbeschleuniger E-ID mit einem Zufallsmehr zuzustimmen.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Sorgen der Bürger zeigen sich immer, wenn sie mit Ideen an die Öffentlichkeit treten. So fordert ein Bürger im Kanton Zürich mit einer Einzelinitiative eine Bargeld-Annahmepflicht. Kritiker befürchten bereits eine Verletzung der Wirtschaftsfreiheit. Das ist sicher übertrieben und geht am eigentlichen Thema vorbei.

Überwachungsgesellschaft Kunsthaus

Seit dem 1. September akzeptiert das Kunsthaus Zürich keine Barzahlungen mehr. Wer ein Ticket kaufen will, muss digital zahlen – mit Karte oder App. Für gewisse Menschen ein Ausschlussgrund: Er lebe konsequent bargeldbasiert und werfe der Institution vor, einen Beitrag zur «Überwachungsgesellschaft» zu leisten, berichtete der «Tages-Anzeiger» von einem Bürger. Rechtlich ist der Entscheid des Kunsthauses zulässig: Laut Bundesgesetz über die Zahlungsmittel darf vom Barzahlungsgebot abgewichen werden – sofern Kunden im Vorfeld klar informiert werden.

Kunstinstitution will nur elektronisches Geld

Dem Kunsthaus müssen auf Grund dieser Benachteiligung zwingend Gelder gestrichen werden. Das Kunsthaus muss auch behindertengerecht sein. Ebenso hat es die Barzahlung eines Tickets einfach zu ermöglichen. Und wer war

noch einmal der Präsident der Kunstgesellschaft, des Trägervereins des Kunsthauses? Philipp Hildebrand, früherer Nationalbank-Direktor und Blackrock-Diener. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Verknüpfung mit elektronischer ID

Christine Lagarde, Chefin der Europäischen Zentralbank, verplapperte sich kürzlich bei einem Livemitschnitt mit ihren Äusserungen: Es gehe ihr beim elektronischen Geld nur um die Kontrolle des Bürgers sowie die Verknüpfung mit der elektronischen ID der Person mit dem digitalen Euro und der Kontrolle des Geldmengenflusses. Wie man sieht, wird die E-ID bereits zur Kontrolle des Bürgers gebraucht. Die Schweiz hat damit am vergangenen Sonntag einem weiteren Mosaikstein zur totalen Überwachung zugestimmt.

In der Schweiz muss die Versorgung mit Bargeld gewährleistet sein, und die Landeswährung ist der Schweizerfranken. Der Nationalrat war im März 2025 damit einverstanden, die Verfassung entsprechend mit einem Gegenvorschlag zur Bargeld-Initiative zu ergänzen. Neue Vorschriften kommen damit aber nicht. Mit 185 zu 6 Stimmen sagte die Grosse Kammer Ja zur Revision des Geld- und Währungsartikels. Bereits geltende Gesetzesbestimmungen werden damit unverändert in die Verfassung geschrieben. Vorgeschlagen hatte dies der Bundesrat, als direkten Gegenvorschlag zur Bargeld-Initiative.

Gegenvorschlag löst das Problem nicht

Wenn es das Ziel ist, Bargeld als dauerhaft unabhängiges Zahlungsmittel zu erhal-

DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 30. SEPTEMBER 2025 IN OBERENGSTRINGEN

Von digitaler Integrität bis Mobilitätsinitiative: SVP-Delegierte legen sich fest

Am Dienstag, 30. September 2025, trafen sich rund 200 Delegierte der SVP des Kantons Zürich zur dritten Delegiertenversammlung des Jahres im Zentrumssaal in Oberengstringen. Bereits am frühen Abend öffneten sich die Türen für das gesellige Vorprogramm mit Kulinarik und musikalischer Begleitung durch die Kreismusik Limmattal.



Marco Calzimiglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich
Seuzach

Nach der Begrüssung durch Gemeindepräsident und Kantonsrat André Bender gedachten die Delegierten dem kürzlich verstorbenen Alfred Heer, Nationalrat für den Kanton Zürich und langjähriges Aushängeschild der SVP. In seiner Gedenkrede würdigte Nationalrat Mauro Tuena Heers politisches Schaffen und seinen aussergewöhnlichen Charakter. Mit seinem unermüdlichen Einsatz für Freiheit, Unabhängigkeit und direkte Demokratie prägte Alfred Heer während vieler Jahre die Politik unseres Landes. Sein Wirken und seine Klarheit im politischen Streit bleiben in dankbarer Erinnerung.

Im Anschluss an die Standortbestimmung von Parteipräsident und Kantonsrat Domenik Ledergerber standen die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2025 im Zentrum.

Service-citoyen-Initiative: Einsatz ja, Zwang nein

Die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» verlangt einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst für alle. Nationalrat Martin Hübscher warnte: «Diese Initiative fördert die Beliebigkeit einer allgemeinen Dienstpflicht. Dabei muss der Militärdienst oberste Priorität haben. Schon jetzt leidet die Armee unter Personalmangel und gefährdet damit die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes.» Die Delegierten fassten mit grosser Mehrheit die NEIN-Parole.

Soziale Klimapolitik: Steuerhölle verhindern

Auch die JUSO-Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» wurde klar abgelehnt. Sie würde neue Abgaben schaffen, Wirt-

schaft und Bevölkerung belasten und bringe keinen echten Klimanutzen. «Diese Initiative ist kein Beitrag zur Gerechtigkeit, sondern Ausdruck von blankem Neid und wirtschaftsfeindlicher Umverteilungsideologie. Sie gefährdet den sozialen Frieden, das Vertrauen in den Rechtsstaat und die wirtschaftliche Substanz unseres Landes», appellierte Referent Jan Schibli, Inhaber und Geschäftsführer der Schibli-Gruppe. Entsprechend beschlossen die Delegierten einstimmig die NEIN-Parole.

Digitale Integrität in vernünftigen Rahmen

Nach der Pause erläuterte Kantonsrat Roman Schmid die kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» sowie den Gegenvorschlag des Kantonsrats. Sein Votum: «Datenschutz ja – aber ohne übertriebene Bürokratie.» Die Delegierten sagten NEIN zur Initiative und dem Gegenvorschlag; in der Stichfrage ist Letzterer zu bevorzugen.

Wohnungsinitiative: Linke Scheinlösung

Kantonsrat Markus Bopp präsentierte anschliessend die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» und den Gegenvorschlag. «Die Initiative enteignet indirekt Private und ist lediglich Symptombehandlung statt

Ursachenbekämpfung. Wohnungsknappheit angehen heisst Zuwanderung begrenzen», führte Bopp aus. Die Parolen: NEIN zur Initiative, JA zum Gegenvorschlag. In der Stichfrage soll der Gegenvorschlag unterstützt werden.

Mobilitätsinitiative: Kein Ausbremsen auf Hauptstrassen

Zur Mobilitätsinitiative informierte Kantonsrat Ueli Pfister über den Stand der Kampagne und rief zum Einsatz für ein JA auf, um unnötige Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs zu verhindern: «Wir wollen die Hierarchie auf den Strassen wieder herstellen: Tempo 50 auf Hauptverkehrsachsen und Tempo 30 in den Wohnquartieren.»

Neues Vorstandsmitglied

Zum Abschluss wurde ein neues Mitglied in den Kantonalvorstand gewählt. Präsident Domenik Ledergerber gratulierte Oberrichter Dr. iur. Philipp Klaus (Wettswil a.A.) und dankte für die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Die DV zeigte einmal mehr die klare Linie der SVP des Kantons Zürich: gegen Zwang, gegen neue Steuern, für Freiheit und Eigentum. Mit dem Blick nach vorne richtet sich die Partei nun auf den Abstimmungskampf vom 30. November 2025 aus.



Im Fokus standen die kommenden Abstimmungsvorlagen. Bild: SVP Kanton Zürich

Ausflug 2025

Besichtigung der Schiessanlage

Es sind Alle herzlich Willkommen



«Zwischen Bülach (ZH) und Eglisau befindet sich eine der grössten und modernsten Jagd- und Sportschiessanlagen. Hier können Jägerinnen und Jäger sowie Schützinnen und Schützen aus diversen Schiessdisziplinen auf vielfältigen Indoor- und Outdoor-Anlagen trainieren»

Datum:	Samstag, 18. Oktober 2025
Treffpunkt:	10:00 Uhr Gemeindehaus Neftenbach
Reise:	Anreise individuell mit PKW (Fahrgemeinschaften / „es hät für Alli Platz“)
Kosten:	Unkostenbeitrag 20.- (Getränke zu eigenen Lasten)
10:30 Uhr	Besichtigung der Schiessanlage
12:00 Uhr	Mittagessen Spaghettiplausch
14:30 Uhr	Rückreise

Anmeldung (SMS/WhatsApp/Mail) bis 10. Oktober an:
mike.staub@svp-neftenbach.ch 079 900 99 87

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme SVP-Sektion Neftenbach

SVP WINTERTHUR

Familienvater Marco Graf als Kandidat für die Schulpflege nominiert

Die Schulpflege stellt die Qualität in der Winterthurer Volksschule sicher. Die nächsten Wahlen in der Stadt Winterthur finden am 8. März 2026 statt. Die SVP nominiert Marco Graf für dieses wichtige Amt. Sein familiärer und beruflicher Hintergrund ist die optimale Basis dafür, dass Kinder und Jugendliche den bestmöglichen Start ins Leben haben.

Marco Graf (42) aus Oberwinterthur ist KMU-Unternehmer, Stadtparlamentarier, zweifacher Familienvater und auch sonst breit in unserer Stadt verankert. Im Privatleben sowie im Stadtparlament setzt er sich für die Bildungspolitik ein.

In seinem KMU-Unternehmen begleitete Marco Graf jahrelang die Lehrlinge in ihrer Ausbildung. Dafür schloss er den Kurs als Berufsbildner ab. Fördern und fordern ist sein Grundsatz als Auszubildner. Als Familienvater mit Kindern im Volksschulalter kennt Marco Graf auch die Sorgen und Nöte aus Sicht der Eltern. So setzt er sich für vernünftige Regeln bei der Handy-Nutzung in der Schule und ausserhalb ein.

Er ist der einzige Kandidat für die Schulpflege, der einen bodenständigen KMU-Hintergrund aufweist und einen kritischen Blick auf die Volksschule hat. Die heutigen Schulpflegerinnen und Schulpfleger stammen aus der Bildungsindustrie. Marco Graf würde diese mit seiner Unabhängigkeit davon gut ergänzen.

Mit seinem beruflichen und familiären Hintergrund bringt Marco Graf eine neue Perspektive in die Schulpflege ein – und ist daher die ideale Wahl. Denn nur mit einer kritischen und unabhängigen Haltung kann man das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellen.

Marco Graf tritt unter dem Motto «Bildung, Chancen, Zukunft» an. «Die Jahre

in der Volksschule sind für den Lebensweg der Kinder entscheidend. Bildung schafft Chancen, berufliche Chancen ermöglichen ein erfülltes Leben. Ich werde ein offenes Ohr für die Eltern haben und mich unermüdlich für das Wohl der Kinder einsetzen», führt Marco Graf seine Motivation für die Kandidatur aus.



Mit seinem beruflichen und familiären Hintergrund ist Marco Graf die ideale Wahl für die Schulpflege.

Bild: zVg

SVP WINTERTHUR-SEEN

Polit-Brunch (Bauernbrunch) der Sektion Winterthur-Seen

Am letzten Sonntag fand bei Sektionspräsident, Neo-Bauer und Stadtparlamentarier Jan Ehrbar der erste Polit-Brunch dieser Art statt.

Dabei wurden sämtlichen Stadtratskandidierenden von SVP, FDP und Die Mitte eine persönliche Plattform geboten. Bei einem deftigen Bauernfrühstück kam neben der Politik auch die Geselligkeit nicht zu kurz. Und dass dann die Ab-

stimmungsergebnisse so deutlich zu unseren Gunsten ausgefallen sind, erhellt unsere sonst schon gute Laune abermals.

René Isler,
Kantonsrat SVP



Die Stadtratskandidierenden (v.l.n.r.): Stefan Fritschi (FDP, bisher), Christian Hartmann (SVP), Romana Heuberger (FDP), Andreas Geering (Die Mitte).

Bild: zVg



v.l.n.r.: René Isler (Kantonsrat), Christian Hartmann (Stadtparlamentarier und Fraktionspräsident), Jan Ehrbar (Gastgeber und Stadtparlamentarier).

Bild: zVg

VON ESELN UMGEBEN

Geisteskrank

Unlängst habe ich dem deutschen Magazin «Der Spiegel» für die schweizerische Ausgabe ein Interview gegeben.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Weil ich jeweils sage, was ich denke, sagte ich zum EU-Anbindungsvertrag: Zur Ablehnung müsse man nicht alles durchgelesen haben. Da reiche ein Satz, in dem steht, dass wir das EU-Recht und die Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs übernehmen müssen. Solche Verträge darf man nicht unterschreiben, da ist keine Lektüre von 1800 Seiten nötig.

Das sind keine bilateralen Verträge, wie die Befürworter behaupten («Bilaterale III»), das sind keine Verträge auf Augenhöhe. Sie führen zu einem Diktat der EU. Zum «Spiegel» habe ich über meine Sommerlektüre gesagt: «Nur ein Geisteskranker kann so etwas unterschreiben.» Das Wort «geistes-schwach» reicht hier nicht. Wir geben damit die Stärken unseres Landes, die

erfolgreiche Schweiz preis – und dies für nichts. Da geht es nicht um ein paar Prozente Zoll mehr oder weniger. Das ist Alltag, das können wir bewältigen. Doch bei diesem neuen Unterwerfungspaket geht es um nichts Geringeres als um die Selbstbestimmung des Schweizer Volkes. Dann bestimmt die EU, heute tun es unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir müssten Gesetze «dynamisch» übernehmen – und wenn nicht, drohen Strafmassnahmen.

Die Befürworter müssen jetzt zugeben, dass sie den Vertrag nicht gelesen haben. Der Ökonom Beat Kappeler hat einmal gesagt, er habe von seinem Vater – einem tüchtigen Gewerbler – die Lehre miterhalten: «Ein Esel ist und bleibt, / Wer Ungelesenes unterschreibt.» Ich habe bald das Gefühl, in Bern wimmle es von Eseln. Denn wer einer Sache zustimmen will, muss sie bis auf den Grund und in allen Details kennen. Wer aber schon beim flüchtigen Durchlesen die grossen Fallstricke erkennt, kann und muss ablehnen, auch wenn er nicht den hintersten und letzten Satz kennt.

EINREICHUNG DER GRENZSCHUTZ-INITIATIVE

Ein starkes Signal aus dem Kanton Zürich

Am Mittwoch vor einer Woche wurde mit der Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» ein unmissverständliches Signal an die Bundespolitik gesendet.

SVP. Die Initiative verlangt: Asylgesuche dürfen nicht weiter über sichere Drittstaaten in die Schweiz gebracht werden, illegale Einreisen müssen konsequent gestoppt, die Grenzen effektiv kontrolliert und der Asylmissbrauch systematisch bekämpft werden.

Der Kanton Zürich hat dabei eine herausragende Rolle gespielt: Unsere Kantonalpartei hat überproportional zu ihrem Bevölkerungsanteil einen gewichtigen Teil der zusammengebrachten Unterschriften beige-steuert. Dies zeigt, wie stark der Rückhalt für eine konsequente Sicherheitspolitik in unserem Kanton ist – in unserem eigenen Umfeld und mitten in der Bevölkerung.

Mit dieser Initiative will die SVP nicht nur Missstände benennen, sondern echte Lösungen durchsetzen. Wir schauen hin und übernehmen Verantwortung – für eusi Lüt.



Zürich hat entscheidend zum Zustandekommen der Grenzschutz-Initiative beigetragen.

Bild: SVP Schweiz



Einladung zum SVP-Jassturnier



- Was:** Schieber-Jass (uneufe, obeabe, ohne Wiis) mit zugelosten Partnern
- Wann:** Freitag, 24. Oktober 2025, 19.30 Uhr
Standblattausgabe ab 18.30 Uhr bis spätestens 19.15 Uhr
- Organisation:** SVP Pfäffikon, www.svp-pfaeffikon.ch
- Wo:** Schützenhaus, Schützenhausstrasse 19, 8330 Pfäffikon
- Einsatz:** Fr. 25.00



Anmeldung bis spätestens 19. Oktober 2025 über den QR-Code oder www.svp-pfaeffikon.ch. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Fadegrad



von Samuel Balsiger

Assimilation oder Ausschaffung

Ich kenne mehrere Personen, die in Zürich und in europäischen Grossstädten Opfer von kriminellen Migrantenbanden wurden. Es waren entweder sinnlose Gewalttattacken oder Raubüberfälle. In allen Fällen waren die Täter jugendliche Migranten aus dem arabischen Raum. Der letzte Vorfall ereignete sich erst vor kurzer Zeit – und ich weiss, dass einer der Angreifer richtig eines hinter die Ohren bekam und verhaftet wurde. Ein Stück Gerechtigkeit. Es gibt auch in der dritten Generation Einwanderer, die in Europa immer wieder kriminell werden. An diesem Missstand wird sich in vielen Fällen auch nichts ändern. Wir müssen bei zugewanderten Kriminellen endlich massiv die Schrauben anziehen. Es muss bei volljährigen und unbelehrbaren Wiederholungstätern möglich sein, sie vermehrt auszubürgern und konsequent auszuschaffen: Assimilation oder Ausschaffung. Eine Demokratie kann und muss zu einer solchen drastischen Schutzmassnahme im Stande sein. Die kriminellen Ausländer werden anführen, sie würden ihr Heimatland überhaupt nicht kennen und dort kein Beziehungsnetz haben. Und was ist mit den hiesigen Opfern? Wie gehen sie mit dem Verlust der Sicherheit um? Opferchutz vor Täterschutz muss das Leitmotiv bei der Verbrechensbekämpfung lauten. Auch sonst müssen wir wieder die Kontrolle über die Einwanderung zurückgewinnen. Dies ist uns vollkommen entglitten. Über 1,7 Millionen Ausländer, die innert relativ kurzer Zeit dauerhaft in unser Land eingedrungen sind, sind nicht verkräftbar. Falls die Heimatstaaten der Kriminellen keine Rückführungsabkommen unterschreiben und umsetzen wollen, muss die entsprechende Entwicklungshilfe vollständig gestrichen werden. Zudem braucht es für nordafrikanische Wiederholungstäter zentrale Lager in Libyen, von wo aus die Personen eigenständig ins Heimatland zurückreisen müssen. Wir dürfen uns von kriminellen Ausländern und eingebürgerten Wiederholungstätern nicht länger auf der Nase rumtanzen lassen. Die Trump-Regierung macht vor, dass es möglich ist, die illegale Migration vollständig zu unterbinden und Personen ohne gültige Aufenthaltspapiere und kriminelle Ausländer im grossen Mass auszuschaffen. Gleichzeitig dürften wir nicht in dumpfe Ablehnung gegenüber anständigen Ausländern verfallen. Die Schweiz ist und bleibt weltoffen – aber wir lassen uns nicht länger für dumm verkaufen.

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP-GEMEINDERATSFRAKTION STADT ZÜRICH

Verantwortungslose Klientel-Politik der Linken: Steuererhöhungen und Zersetzung des Mittelstandes drohen

Nächstes Jahr finden die Parlamentswahlen in Zürich statt. Es sind Personenwahlen und deshalb verteilen die linken Politiker eifrig «Geschenke» an ihre Polit-Klientel.

Das ist eine kleine Gruppe von Günstlingen, die von den extrem teuren Zuwendungen profitieren. Mit der tiefen Stimmbeteiligung reicht dies Rotgrün schon für den Machterhalt. Leidtragende ist die arbeitstätige Bevölkerung, die zu hohe Steuern und Produktpreise bezahlen muss.

Hier ein paar hundert Millionen Steuerfranken für diese linke Klientel, dort noch ein paar hundert Millionen Steuerfranken an Zuwendungen. Die Strategie funktionierte bislang für die Linken: Der Kapitalismus häuft Unsummen von Geldern an, wodurch die Weiterleitung ins Klientel-System niemanden

gross auffiel oder störte. Bis auf die SVP: Wir kritisieren seit vielen Jahren die unsauberen Geldflüsse der linken Klientel-Politik auf Kosten der Steuerzahler.

Staat soll Bürger in Ruhe lassen

Der Bürger weiss besser als der Staat, wie er mit seinem verdienten Geld um-

gehen will. Ein Steuersatz von 119 Prozent in einer Stadt, die innert weniger Jahre mindestens über eine Milliarde Steuerfranken zu viel einnimmt, ist nicht nachvollziehbar. Ein Steuersatz darf maximal 100 Prozent betragen (wir zahlen doch nicht mehr als 100 Prozent eines Preises für staatliche oder sonstige Leistungen). Warum sollen die Bürger die Unfähigkeit der Exekutivpolitiker mit überhöhten Steuern bezahlen?

Masslose Klientel-Politik

Die Linken übertreiben jedoch mit den Zuwendungen an ihre Klientel so masslos, dass nun auch der grüne Finanzvorsteher vor Steuererhöhungen und einem Zusammenbruch des Kartenhauses warnt: «Dann müssen wir ernsthaft über eine Steuererhöhung diskutieren.» Zudem zahlt am Schluss immer der Konsument mit höheren Preisen. Die unnötige Bürokratie und die Abzocke der Firmen durch den Staat führen zu Preissteigerungen bei allen Produkten. Ergebnis einer wirtschaftsfeindlichen Weltsicht und Klientel-Politik der Linken.

Weniger Staat, mehr Freiheit

Die SVP fordert mit allem Nachdruck: Alle unnötigen Ausgaben müssen sofort gestoppt und aufschiebbarer Ausgaben, die über fünf Millionen Franken Gesamtkosten betragen, auf Eis gelegt werden. Und zwar so lange, bis eine Steuersenkung auf 99 Prozentpunkte langfristig finanziert ist und es null Franken Aufwandsüberschüsse gibt. Auch gilt es, alle unnötigen staatlichen Regulierungen aufzuheben.



Eskalation in der Finanzpolitik: In der laufenden Legislatur hat es die rotgrüne Mehrheit fertiggebracht, das Budget der Stadt Zürich um über 2000 Millionen (!) wiederkehrende Kosten hochzutreiben. Wann folgen die Steuererhöhungen?

Bild: zVg

SVP-Gemeinderatsfraktion Stadt Zürich

AUS DEM WÄDENSWILER GEMEINDERAT

«Nachbarswil»

«Nachbarswil» ist keine Zürcher Gemeinde. Folglich gibt es auch kein gleichnamiges Gemeindeparlament. Vielmehr ist «Nachbarswil» ein gesellschaftlicher und kultureller Grossanlass, der an den ersten drei Septemberwochenenden in den beiden Nachbargemeinden Wädenswil und Richterswil stattgefunden hat.



Charlotte M. Baer Gemeinderätin und Fraktionspräsidentin SVP Wädenswil

Ins Leben gerufen wurde der Anlass von den Kulturkommissionen der beiden Gemeinden im April 2023. Mit insgesamt 21 verschiedenen Veranstaltungen sollten für die Einwohnerinnen und Einwohner aller Altersstufen von Wädenswil und Richterswil lokale Bräuche, Handwerk, Kunst, Geschichte, Kultur und das gesellschaftliche Zusammenleben sichtbar und lebendig gemacht werden. Im Brennpunkt sollte nicht das Konsumieren, sondern Animation und Partizipieren stehen – kein Bier-und-Wurst-Fest, aber auch kein Multikulti.

Vielfältiges Programm für jedermann

Das Potpourri reichte von der Märchenstunde über Konzerte, Schokoladenseminar, Lichtspektakel, historische Rundgänge, Party, Lesungen bis zu einer Tavolata mit regionalen Leckereien und dürfte für alle Interessengruppen etwas Passendes geboten haben. Darüber hinaus wurde bereits im Vorfeld des Grossanlasses ein Literaturwettbewerb unter dem Titel «Nachbarswil schreibt» lanciert. Angesprochen waren Schreibfreudige, die in Wädenswil oder Richterswil wohnen und eine Erzählung oder ein Gedicht mit Bezug zu den beiden Gemeinden verfassen wollten. Mittlerweile liegen die kleinen Werke als Sammelband in Buchform vor, sodass auch

etwas von diesem gelungenen Anlass fortbesteht.

Lokale Heimatkunde

Für die weniger Kunst- oder Kulturbeflissenen fanden geführte historische Rundgänge mit Einblick in das hiesige Handwerk und Gewerbe sowie in lokale Bräuche statt. Sie vermittelten ein generelles Abbild dessen, wie die Schweiz als Ganzes gewachsen ist: nämlich von unten nach oben. Jeder Schweizer ist zuerst Gemeindebürger. Die Gemeinde ist seine engste Heimat. Hier ist er verwurzelt, kann er sich politisch oder gesellschaftlich einbringen und mitbestimmen oder eine eigene Existenz aufbauen. So, wie es schon etliche lokale Vorfahren getan haben – meist mittels Schaffenskraft, Eigenverantwortung oder Freiwilligenarbeit.

Finanzierung und Freiwilligenarbeit

Der Finanztopf für «Nachbarswil» wurde hauptsächlich durch Sponsoren geäufnet – darunter etwa die ZKB, zahlreiche lokale Firmen und Gewerbetreibende sowie ideelle Organisationen (bspw. Stiftungen). Wädenswil und Richterswil haben gemeinsam ein Startkapital von 60000 Franken gewährt und auch der Kanton hat sich mit ca. 20000 Franken beteiligt. Einen gewichtigen Beitrag leisteten aber auch die zahlreichen Freiwilligen, die ihre Freizeit und Arbeitskraft für ein gutes Gelingen des Anlasses investiert hatten.

Wo viel Licht ist, gibt's auch Schatten

Um den Weg von einem Anlass zum anderen zu vereinfachen, setzten die beiden Nachbargemeinden auf Mikro-

mobilität und lancierten zu Beginn des Festivals das zweijährige Pilotprojekt «E-Scooter». Rund 130 solche Vehikel stehen nun in Wädenswil und Richterswil bereit und können über eine App kostenpflichtig ausgeliehen werden. Dies droht nun aber in einen Wildwuchs auszuarten: Mitten auf Gehwegen, in Hauseingängen, auf Parkplätzen usw. stehen diese Elektroflitzer herum und verunmöglichen vor allem Menschen im Rollstuhl, mit Rollator oder Kinderwagen eine hindernisfreie Fortbewegung.

Die SVP hinterfragt den Nutzen dieses Pilotprojekts. Sie plädiert für Selbstbestimmung auch bei der Wahl des Fortbewegungsmittels. Es gehört nicht zu den Kernaufgaben der öffentlichen

Hand, solche E-Scooter zur Verfügung zu stellen. Und inwiefern diese Gefährte zur Aufwertung von Ortszentren und Quartieren beisteuern sollen, ist erst recht nicht ersichtlich.

Hoffen auf den gesunden Menschenverstand im Stadtrat

Die SVP-Fraktion hat bislang nur negative Reaktionen aus der Bevölkerung auf dieses Pilotprojekt vernommen. Sie erwartet, dass den aufmerksamen Stadtratsmitgliedern die teilweise Verschandelung des Ortsbilds durch die Elektroflitzer nicht verborgen bleibt und der gesunde Menschenverstand ihnen gebietet, das Vorhaben baldmöglichst abzubauen. Dies nicht nur zum Wohle der Schwächsten in unserer Gesellschaft, sondern auch um zu verhindern, dass das gelungene «Nachbarswil» letztlich über einen Schildbürgerstreich identifiziert wird.



Gemeinsam haben die Gemeinden Wädenswil und Richterswil den Grossanlass «Nachbarswil» ins Leben gerufen.

Bild: Adobe Stock

42. KANTONALES SVP-SCHIESSEN IN USTER

Gelebte Tradition, sportlicher Wettkampf und klare politische Botschaft

Am Wochenende vom 27. und 28. September 2025 fand in der Schiessanlage Mühleholz in Uster das 42. kantonale SVP-Schiessen statt – ein traditionsreicher Anlass, der Sport, Geselligkeit und Politik in einzigartiger Weise verbindet. 440 Schützinnen und Schützen aus dem ganzen Kanton – vom Nachwuchs bis zu erfahrenen Routiniers – gingen an den Start.

Auch wenn die Teilnehmerzahlen heute nicht mehr an die Spitzenwerte der 1990er-Jahre mit über 1000 Schützinnen und Schützen heranreichen, bleibt die Botschaft klar: Der Schiesssport hat weiterhin seinen festen Platz in unserer Gesellschaft.

Das SVP-Schiessen ist mehr als ein sportlicher Wettkampf. Es ist eine Plattform für Begegnung und Wertevermittlung. Seit 1983 steht dieser Anlass für die enge Verbindung von Schiesswesen, Milizarmee und Bürgerpflicht. Unsere

Milizarmee lebt vom Können und vom Engagement der Bevölkerung – und genau dieses Engagement wird hier sichtbar. Solche Anlässe sind ein Kennntnis zur Selbstverantwortung und zur Wehrhaftigkeit unseres freiheitlichen Staates.

Schulterschluss zwischen Politik und Bevölkerung

Ein besonderer Höhepunkt war wie jedes Jahr die Festansprache vor dem Absenden am Sonntag. Kantonsrat Domenik

Ledergerber, Präsident der SVP des Kantons Zürich, unterstrich in seiner Rede die Bedeutung des Schulterschlusses zwischen Politik und Bevölkerung – gerade in Zeiten steigender Regulierung, wachsender Unsicherheit und schwindender Eigenverantwortung. Nationalrat Martin Hübscher verwies auf die erfreulichen Resultate des jüngsten Abstimmungssonntags und sprach von einem Sieg für Freiheit, Eigentum und gesunden Menschenverstand. Seine Worte erinnerten daran: Politischer – sowie sportlicher – Erfolg braucht Einsatz, Leistungswillen und Zusammenhalt.

Hinter jedem erfolgreichen Anlass stehen viele engagierte Helferinnen und Helfer. Ob beim Aufbau, im Schiessbetrieb oder in der Festwirtschaft – Freiwillige aus den Schützenvereinen, Mitglieder der SVP und viele Sympathisierende leisteten Grosses. Ihnen allen gilt ein herzlicher Dank. Ebenso bedanken wir uns bei den Sponsoren, die mit ihrer Unterstützung diesen Anlass in dieser Form möglich gemacht haben.

Tradition, Gemeinschaft, Bürgernähe

Das SVP-Schiessen zeigt exemplarisch, was unsere Partei ausmacht: Verwurzelung in der Tradition, Einsatz für die Gemeinschaft und gelebte Bürgernähe. Es ist ein starkes Zeichen für Eigenver-



Politik und Schiesssport verbinden: Nationalrat Benjamin Fischer war nach der zu Ende gegangenen Herbstsession ebenfalls am Schiessstand anzutreffen. Bild: zVg

antwortung, Sicherheit und Freiheit – Werte, die auch im Parteiprogramm der SVP Uster verankert sind. Für uns ist klar: Nur mit einem starken Milizgedanken, einer lebendigen Vereinslandschaft und dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern bleibt unsere Schweiz so lebenswert, wie sie ist.

Die vollständige Rangliste ist online abrufbar unter: www.svp-schiessen.ch

Im Namen des OK 42. kantonales SVP-Schiessen:

Daniel Schnyder, Präsident SVP Uster

Ausblick auf das 43. kantonale SVP-Schiessen

Für das kommende 43. kantonale SVP-Schiessen, das 2026 in Marthalen stattfinden wird, wünschen wir den Organisatoren bereits heute viel Erfolg, gutes Wetter, eine hohe Beteiligung – und weiterhin eine starke Verbindung zwischen Sport und Politik. Die SVP steht auch künftig für eine Schweiz, in der Tradition und Freiheit nicht bloss Worte, sondern gelebte Realität sind.

SVP SEEGRÄBEN

Die SVP Seegräben konnte 50-jähriges Bestehen feiern

In Anwesenheit von über 80 Mitgliedern und Gästen aus nah und fern konnte die SVP Seegräben kürzlich ihr 50-jähriges Bestehen feiern. Damit ist sie die jüngste SVP-Sektion im Bezirk Hinwil. Andere SVP-(Nachbar-)Sektionen bestehen zum Teil schon seit 100 Jahren.

Zu Beginn gedachte die Festgemeinde dem kurz zuvor verstorbenen Nationalrats Fredi Heer, der die SVP Seegräben schon an ihrer GV besucht hatte und vor zwei Jahren in Seegräben die 1.-August-Rede hielt.

Einen würdigen Übergang zum eigentlichen Festakt bot der Jodler-Club Seerösli aus Wetzikon mit einem passenden Lied. Der Jodler-Club, dem auch zwei Seegräbner SVP-Mitglieder angehören, hat das ganze Fest mit seinen Beiträgen sehr bereichert.

Die Gäste mussten ihr Kommen keineswegs bereuen, denn neben den kulturellen Darbietungen sorgten mehrere humorvoll gestaltete Grussbotschaften für beste Unterhaltung.

Dass auch eine wahrhafte Verpflegung nicht fehlen durfte, gehörte selbstverständlich dazu. Für den Service zeigte die Seegräbner Männerriege ihr Geschick auf diesem Einsatzgebiet.

Ledergerber die Problematik hervor, wenn Gemeinden durch die gesteigerte Zuweisung von Asylanten bei deren Unterbringung immer mehr überfordert sind.

Hoher Besuch lobt Basisarbeit

Für die SVP Seegräben eine ausserordentliche Ehre bedeutete die Anwesenheit des Präsidenten der SVP Schweiz, Nationalrat Marcel Dettling, der die Bedeutung der SVP-Ortssektionen für das Funktionieren der demokratischen Strukturen hervorhob. Er bezeichnete die Ortssektionen als «Kaderschmieden», aus denen dereinst Politiker auf kantonaler und nationaler Stufe hervorgehen würden.

Beim Rückblick auf die Geschichte der SVP Seegräben wurden die aussergewöhnlichen Verdienste des anwesenden Gründungspräsidenten Ueli Jucker hervorgehoben. Insgesamt waren zwölf

SVP-Mitglieder anwesend, die in den ersten Jahren nach der Gründung der Partei beigetreten sind und dieser bis heute treu geblieben sind. Das älteste anwesende Gründungsmitglied konnte vor ein paar Monaten den 94. Geburtstag feiern.

Seit der Gründung führten acht Präsidenten, davon einer zweimal, die Partei an. Nicht weniger als 30 Mitglieder stellten sich in diesen 50 Jahren für den Vorstand zur Verfügung. Ein Vorstand, der seit seiner Gründung nie weniger als fünf Personen umfasste.

Insgesamt stellte die SVP Seegräben drei Gemeindepräsidenten sowie die bisher erste und einzige Gemeindepräsidentin, die Seegräben je präsidiert hat.

Hans-Heinrich Heusser, Alt Kantonsrat und Parteileitung SVP Bezirk Hinwil



v.l.n.r.: Bezirkspräsident René Schweizer; Sektionspräsident Philipp Kunz; SVP-Schweiz-Präsident Marcel Dettling; OK-Präsident Hans-Heinrich Heusser; Gemeindepräsident Marco Pezzatti (FDP); SVP-Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber.

Bild: zVg

MEHR EIGENVERANTWORTUNG IM GESUNDHEITSWESEN

30 Jahre KVG und kein Ende?

Alle Jahre wieder, ist man geneigt zu sagen. Die im Herbst wiederkehrende Mitteilung steigender Krankenkassenprämien ist die Folge des medizinischen Fortschritts und einer älter werdenden Bevölkerung.



Toni Bortoluzzi
Alt Nationalrat SVP
Affoltern am Albis

Allerdings ist festzuhalten, dass sich anerkannte Gesundheitsökonominnen darin einig sind: Rund 20 Prozent der Kosten für die Versorgung der Bevölkerung, unabhängig von einer unbestrittenen Mehrbelastung, sind unnötig.

Das am 1. Januar 1996 in Kraft getretene Krankenversicherungsgesetz (KVG) hat das sogenannte KUVG ersetzt. Es wurde damals nicht zuletzt dank dem Engagement der SVP im Kanton Zürich mit 52,3 Prozent der Stimmen abgelehnt. Allerdings hat die deutliche Zustimmung in der Romandie den Aus-schlag für das gesamtschweizerische Ja mit 51,8 Prozent gegeben.

Manko Obligatorium

An sich ist das KVG kein schlechtes Gesetz. Es hat aber einen entscheidenden grossen Mangel: das Obligatorium. Jeder in der Schweiz Wohnhafte ist obligatorisch umfassend versichert und hat Zugang zu allen zugelassenen Leistungen und Anbietern. Der Angebotsspielraum ist für die Krankenversicherungen eng begrenzt. Damit wird die Eigenverantwortung im Bereich der Gesundheitsversorgung für den Versicherten weitgehend ausser Kraft gesetzt. Die für die Leistungen Zugelassenen, vor allem Ärzte, entscheiden über den Umfang dieser Leistungen. Ein in der Wirtschaft einmaliges Privileg: Der Leistungsanbieter entscheidet über den Umfang der Leistung und die ihm dafür zustehende Bezahlung.

Wenn auch Fehlanreize wie die unterschiedliche Entschädigung von Ambulant und Stationär als Resultat einer kürzlich erfolgten Volksabstimmung beseitigt werden, bleibt die Verschrei-

bungshoheit bei den zugelassenen Leistungsanbietern. Den Interessenvertretern der Versicherten, den Krankenkassen als Kontrollorgane, sind die Möglichkeiten beschränkt. Den Beweis für unnötige Leistungen zu erbringen ist mit beträchtlichem Aufwand verbunden und wird nur in Fällen offensichtlicher medizinischer Fehlbeurteilung ergriffen. Bei Bagatellen ist es einfacher, die Rechnungen ohne Vorbehalt zu bezahlen.

Nachfrage bestimmt das Angebot

Es gibt zwei Möglichkeiten, die nun seit Jahren anhaltende Entwicklung in andere Bahnen zu lenken. Die Abschaffung des Obligatoriums und die Einführung individueller Versicherungsangebote wäre die einfachste und wirkungsvollste Massnahme. Dazu gehört auch eine besondere Kategorie der Asylbewerber. Die Angst aller Versicherten, etwas zu verlieren, dürfte es schwierig machen, eine damit verbundene Volksabstimmung zu gewinnen.

Eine weitere Möglichkeit wäre, die Leistungserbringer vermehrt in die Pflicht zu nehmen. Das heisst, im Bereich des Angebots die Versicherungen zu Netzwerken zu verpflichten und damit die Leistungsanbieter zur Zusammenarbeit zu zwingen. Dem Einzelkämpfertum, der damit einhergehenden Ineffizienz und der Unabhängigkeit der Leistungsanbieter würden damit Grenzen gesetzt. Das Angebot wird durch den Versicherten und seine individuelle Wahl der Leistungen beeinflusst.

Ob sich unter dem Druck unaufhaltsam steigender Gesundheitskosten und Prämien wirksame Korrekturen realisieren lassen? Ohne die Leistungserbringer vermehrt in die Pflicht zu nehmen, dürften noch so gut gemeinte Bemühungen wirkungslos bleiben. Es ist an der Zeit, sich im Gesundheitswesen wieder mit mehr Eigenverantwortung zu beschäftigen.

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpf von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsl, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehtalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 4. November 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrat Ueli Pfister.

Mittwoch, 26. November 2025, 15.00 – 20.00 Uhr, Chlaustreffen, Zentrum Burgwies, Bonstetten.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Mittwoch, 19. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restaurant Brüelmatt, Dorfstrasse 10, Birmensdorf, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Gregor Rutz und Martin Haab.

Bezirk Dietikon/Geroldswil
Montag, 27. Oktober 2025, 18.30 Uhr, Polit-Talk, Gemeindesaal, Huebwiesenstrasse 36, Geroldswil, mit Nationalrat Mauro Tuena und Alt Nationalrat Roger Köppel. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp.ch/termine.

Bezirk Dietikon/Unterengstringen
Samstag, 4. Oktober 2025, 10.45 Uhr, Sessions-Apéro, Altes Schulhaus, Alte Schulstrasse 9, Unterengstringen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat André Bender.

Bezirk Hinwil/Gossau
Sonntag, 19. Oktober 2025, 10.00 Uhr, Führung durch das Unterdorf, Treffpunkt Kreisel Mönchaltorferstrasse/Leerütistrasse, Gossau. Anschliessend Festwirtschaft bis 16.00 Uhr.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Freitag, 24. Oktober 2025, 18.30 Uhr, SVP-Jassturnier, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 19, Pfäffikon. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 19. Oktober 2025 unter www.svp-pfaeffikon.ch.

Bezirk Uster/Volketswil
Freitag, 17. Oktober 2025, bis Sonntag, 19. Oktober 2025, SVP-Stand an der Volketswiler Gewerbeausstellung VOGA, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Bezirk Winterthur/Elsau
Dienstag, 21. Oktober 2025, 20.00 Uhr, Politanlass, Bowlinghalle BeSeCo, Rümikerstrasse 5A, Elsau, mit Nationalrat Martin

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. Abonnementdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. Abonnementdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Hübscher und Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

Bezirk Winterthur/Neftenbach
Samstag, 18. Oktober 2025, 10.00 Uhr, Ausflug und Besichtigung Schiessanlage, Treffpunkt Gemeindehaus Neftenbach. Weitere Informationen und Anmeldung bis 10. Oktober 2025 unter mike.staub@svp-neftenbach.ch.

Bezirk Winterthur/Zell
Freitag, 3. Oktober 2025, 20.00 Uhr, Politanlass, Restaurant Linde, Zellerstrasse 2,

Rikon im Tösstal, mit Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Urs Wegmann.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 22. Oktober 2025, 13.45 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treffpunkt Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6, Zürich, mit den Nationalräten Mauro Tuena und Bruno Walliser. Anmeldung unter sekretariat@svp-zuerich.ch oder 044 217 77 66.

Unterstützen Sie die SVP im Kampf für Freiheit und Sicherheit mit einer Spende!



svp.ch/mitmachen/spenden





Gossau Unterdorf - einst und heute
Dorfführung und Baustellenbesichtigung

Sonntag, 19. Oktober 2025, 10.00 Uhr

Treffpunkt Kreisel Mönchaltorfer-/Leerütistrasse (Parkmöglichkeiten beim Fussballplatz)

Auf einem gemütlichen Spaziergang erzählen Kenner der Dorfgeschichte vom Kommen und Gehen von Gewerbebetrieben und Gastwirtschaften. Baufachleute erläutern den Stand der umfangreichen Arbeiten, welche die lange Sperrung der Hauptstrasse verursachen. Abgeschlossen wird der Anlass mit einer Festwirtschaft und Unterhaltung bis 16 Uhr.

Es lädt ein: SVP Gossau ZH



Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

